

## **Chancen für Zuwanderer in der beruflichen Bildung verbessern**

Mehr Unterstützung für die Integration und Ausbildung von Migrantinnen und Migranten an beruflichen Schulen notwendig 12 / 2001

Die Förderung von Migrantinnen und Migranten ist eine zentrale Aufgabe der Bildungspolitik. Dieses hat die PISA-Studie eindringlich bestätigt.

Die Erfüllung dieser Aufgabe ist zwingende Voraussetzung für die Teilhabe der Zuwanderer an Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Schlüsselfunktion haben dabei die Beruflichen Schulen, die von mehr als zwei Dritteln der 16- bis 19jährigen zugewanderten jungen Leute besucht werden.

Zur Zeit sind die Beruflichen Schulen auf die Aufgabe, diese Schülergruppe zu beruflicher und gesellschaftlicher Handlungskompetenz zu führen, nur unzureichend vorbereitet. Im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen sind Zuwanderer in der dualen Ausbildung eklatant unterrepräsentiert und erreichen auffallend häufig keinen Berufsabschluss.

Besonders dringlich wird politischer Handlungsbedarf vor dem Hintergrund, dass sich bei den schulischen Leistungen der Abstand zwischen hier geborenen und zugewanderten jungen Menschen in den letzten zehn Jahren nicht verringert hat, sondern im Gegenteil deutlich größer geworden ist. Dies hat zur Folge, dass Zuwanderer im Unterricht an Wirtschaftsschulen wegen fehlender kommunikativer Kompetenz zunehmend weniger erfolgreich sind.

Der **VLW** fordert die für die Beruflichen Schulen zuständigen Ministerien auf,

- Konzepte für die bessere Qualifizierung und Integration vorzulegen, die berücksichtigen, dass Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe sind und sich nach Herkunftsland, sozialem Umfeld, Integrationsstand, Kenntnis der deutschen Sprache und nach Fremdsprachenkenntnissen stark unterscheiden,
- an den Beruflichen Schulen Vorschaltkurse mit dem Ziel einzurichten, ausreichende kommunikative Kompetenz zu vermitteln, die beim Eintritt in einen beruflichen Bildungsweg unverzichtbar ist,
- weitere Sprachfördermöglichkeiten während des Besuchs der beruflichen Schulen bei angemessenen Rahmenbedingungen anzubieten,
- die für das Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung unerlässlichen Kenntnisse in der englischen Sprache zu vermitteln,
- den Lehrkräften an den Beruflichen Schulen durch besondere Angebote im Studium, im Referendariat und in der Lehrerfortbildung die Möglichkeit zu geben, sich auch für Deutsch als Fremdsprache zu qualifizieren,
- mit einer angemessenen Schüler-Lehrer-Relation den besonderen Aufgaben Rechnung zu tragen, die mit der beruflichen Qualifizierung von Zuwanderern verbunden sind,
- für junge Migrantinnen und Migranten Fördermaßnahmen verbindlich vorzuschreiben, wenn ein solcher Bedarf gegeben ist.

Karlsruhe, im Dezember 2001